

Bilanz der Kultur- und Medienpolitik in der Verantwortung von SPD und Bündnis 90/Grüne seit 1998

Schwerpunkte und Ergebnisse 1998 - 2002

Kultur

Neuordnung Berliner Kulturförderung: Hauptstadt kulturfinanzierung/-förderung

- 1999 Verdoppelung der Kulturförderung in der Hauptstadt auf 120 Mio. DM
- Abschluss des ersten Hauptstadt kulturvertrag (Laufzeit 1. Jan 2001 - 31. Dez. 2004) zwischen BKM und dem Berliner Kultursenator mit der Neuregelung in Form von eindeutigen Zuständigkeiten des Bundes bei der Finanzierung der Hauptstadt kultur (anstatt dem vorherigen System der pauschalen Förderung): Finanzvolumen ca. 77 Mio. Euro jährlich
- Zweiter, unbefristeter Hauptstadt kulturvertrag am 9. Dez. 2003 zwischen BKM und dem Berliner Kultursenator: knüpft an die im ersten Vertrag geschlossenen Vereinbarungen an und führt diese fort, zudem wird die Finanzierung weiterer Berliner Kultureinrichtungen in den Vertrag aufgenommen mit dem Ziel, den Berliner Haushalt zu entlasten und die notwendige Opernreform vorzunehmen

Kulturstiftung des Bundes

- die Gründung der Kulturstiftung des Bundes setzt eine seit 30 Jahren diskutierte Idee Willy Brandts und Günter Grass' um
- Schaffung eines neuen Instruments zur Förderung kultureller Projekte von nationaler Bedeutung
- in der Anfangsphase 2002 stehen rd. 12, 2003 dann rd. 24 Mio. Euro zur Verfügung, ab 2004 jährlich 38 Mio. Euro (jeweils unter Vorbehalt Haushalt)
- die geplante Fusion der Kulturstiftung des Bundes mit der seit 1987 existierenden Kulturstiftung der Länder (KSL) scheiterte im Dezember 2003 am Veto Bayerns

Kulturförderung in den Neuen Ländern

- 1999 Start des Programms "Kultur in den neuen Ländern"
- Finanzvolumen 1999 - 2002: mehr als 138 Mio. Euro
- Schwerpunkt der Kulturförderung des Bundes in den neuen Ländern sind die "kulturellen Leuchttürme", d.h. Kulturstätten, die sich aus einer Vielzahl kultureller Einrichtungen durch ihr überregionales Ansehen hervorheben, z.B. Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, Franckesche Stiftung in Halle, Stiftung Bauhaus in Dessau, Fürst-Pückler-Park in Bad Muskau und die Klassikerstätten in Weimar

Gedenkstätten

- Vorlage einer umfassenden Konzeption der künftigen Gedenkstättenkonzeption im Jahr 1999 (BT-Drs. 14/1569)
- Beteiligung des Bundes an der Förderung von Gedenkstätten in Form institutioneller und Projektförderung
- Festlegung klarer Kriterien als Grundlagen der Förderung: nationale und internationale Bedeutung, herausgehobene Einrichtung von exemplarischer Bedeutung, Vorliegen eines wissenschaftlich, museologisch und pädagogisch fundierten Konzeptes und Beteiligung des Sitzlandes an den Kosten (mind. 50%)

Denkmal für die ermordeten Juden Europas

- nach langer, in der breiten Öffentlichkeit geführten Diskussion, wird seit 1994 die konkrete Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas angestrebt, jedoch schlugen erste Wettbewerbe des Förderkreises und des Landes Berlin fehl
- der Senat von Berlin bittet den Dt. Bundestag um eine grundsätzliche Entscheidung zur Errichtung des Denkmals (1999)
- am 25. Juni 1999 trifft der Dt. Bundestag eine abschließende Entscheidung für den Bau des Denkmals für die ermordeten Juden Europas und legt sich auf eine von zwei möglichen Alternativentwürfen für die Umsetzung fest (BT-Drs. 14/1238)
- mit dieser Entscheidung wird ebenfalls eine Stiftung gegründet, die sich aus Vertretern des Dt. Bundestages, der Bundesregierung, des Landes Berlin und des Förderkreises zusammensetzt und die Grundsatzbeschlüsse des Dt. Bundestages verwirklichen soll

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

- Antrag der Koalitionsfraktionen mit dem Ziel, angesichts der Anschläge vom 11. September 2001 die Grundlage für eine Debatte um Ziele, Selbstverständnis und Aufgaben der deutschen und internationalen Kulturbeziehungen zu legen
- insbesondere wird das Konzept der "Zweibahnstraße", der Gegenseitigkeit im Dialog der Kulturen thematisiert, um auch ein Verständnis für Auswärtige Kulturpolitik als Teil präventiver Sicherheitspolitik zu schaffen
- ebenso werden strukturelle Änderungen bei den Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik (Goethe-Institute, DAAD, Institut für Auslandsbeziehungen) angesprochen, die in diese neue Richtung zeigen
- auch die Bedeutung der Zusammenarbeit mit anderen europäischen Kulturinstituten wie British Council und Institut Français sowie staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen wird thematisiert

Reform des Stiftungsrechtes

- mit dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von Stiftungen vom 26. Juli 2000, welches rückwirkend zum 01. Januar 2000 in Kraft trat, wurden die Rahmenbedingungen für Stifter erheblich verbessert und haben zu einer Vielzahl von neuen Stiftungsgründungen (Aktuelle Zahlen?)

Medien / Neue Medien

Deutsche Welle und "German TV"

- Vorbereitung der Reform des Programmauftrags und der Änderung des Dt.-Welle-Gesetzes in der kommenden Legislaturperiode
- Start des Gemeinschaftsprojektes "German TV" von ARD, ZDF und Deutscher Welle als Pay-TV-Programm in Nordamerika mit der Option des Ausbaus auch in anderen Ländern

Filmförderung

- Beteiligung der SPD-Bundestagfraktion an dem 1999 initiierten "Bündnis für den Film"
- Vorlage eines umfassenden Konzeptes zur Reform der Filmförderung im November 2001, welches u.a. vorsieht, die Anreize für den wirtschaftlichen Erfolg der Filmproduktionen zu verstärken, die Rahmenbedingungen künstlerischer Kreativität

verbessern, die unabhängigen Filmproduzenten stärken und die Repräsentanz des dt. Films im Ausland stärken soll

Reform der Medien- und Kommunikationsordnung

- die Koalitionsfraktionen legen die Eckpunkte einer Reform der Medien- und Kommunikationsordnung für eine sich verändernde Wissens- und Informationsgesellschaft fest
- Prozesse der Digitalisierung, Globalisierung, Vernetzung und Konvergenz der Medien stehen in Deutschland einer historisch gewachsenen Ordnung der elektronischen Medien gegenüber, die durch sektorale Regulierung zersplitterte Aufsichtsstrukturen geprägt sind

Reform des Jugendmedienschutzes

- Vereinbarung von "Eckpunkten einer Neuregelung des Jugendschutzes in den Medien" zwischen Bund und den Ländern mit Unterstützung der Bundestagsfraktion und Verabschiedung des Jugendschutzgesetzes (JuSchG) im deutschen Bundestag im Sommer 2002
- Zeitgleiches Inkrafttreten mit dem neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag am 01.04.2003
- Ziel ist die bundesweite Vereinheitlichung von Regelungen für den Kinder- und Jugendmedienschutz in allen elektronischen Medien
- mit dem neuen Jugendschutzgesetz des Bundes werden das Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit und das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte zu einem einheitlichen Gesetz zusammengeführt.

e-Commerce-Richtlinie: Gesetz zum Elektronischen Geschäftsverkehr

- der Deutsche Bundestag hat im November 2001 das Gesetz über rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr Lesung beschlossen
- das Gesetz setzt den wesentlichen Teil der E-Commerce-Richtlinie in Deutschland um schafft die grundlegenden Voraussetzungen für die Anbieter neuer Dienste in Deutschland und im europäischen Wettbewerb
- das Gesetz ist Teil eines Gesamtpaketes neuer Regelungen für die elektronischen Informations- und Kommunikationsdienste, mit dem die SPD-geführte Bundesregierung einen modernen Rechtsrahmen für den neuen Wirtschaftssektor anstrebt
- Kernstück des Gesetzes ist die Verankerung des Herkunftslandprinzips für Anbieter von neuen Diensten: danach gilt für in Deutschland niedergelassene Anbieter deutsches Recht, auch wenn sie ihre Dienste im europäischen Ausland erbringen
- darüber hinaus wurden mit der e-Commerce-Richtlinie die in Deutschland längst geltenden Prinzipien der Zulassungsfreiheit des Diensteanbieters und der Haftungsprivilegierung des bloßen Übermittlers und desjenigen, der Speicherplatz für Dritte zur Verfügung stellt, europaweit vereinheitlicht

Novellierung des Signaturgesetzes

- Im Mai 2001 ist das Gesetz über Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen und zur Änderung weiterer Vorschriften in Kraft getreten, welches das Signaturgesetz von 1997 ablöst
- Das neue Gesetz ermöglicht ab sofort den europaweiten Einsatz elektronischer Signaturen und regelt die notwendige Sicherheitsinfrastruktur für die elektronischen Signaturen, die der eigenhändigen Unterschrift gleichgestellt werden

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien

- der Strukturwandel zur globalen Wissens- und Informationsgesellschaft schafft neue Herausforderungen für die Teilhabe der Gesellschaft und Möglichkeiten der Integration
- der Antrag der Koalitionsfraktionen "Digitale Spaltung der Gesellschaft überwinden - eine Informationsgesellschaft für Alle schaffen" hat die Förderung der Teilhabe aller Bevölkerungskreise an der Wissens- und Informationsgesellschaft zum Ziel
- der Antrag der Koalitionsfraktionen „Sichere Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen gewährleisten“ verweist auf die zunehmende Bedeutung elektronischer Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen für alle gesellschaftlichen Bereiche und das wachsende Bewusstsein um die neuen Gefahren, die mit den spezifischen Merkmalen elektronischer Datenverarbeitung in globalen Netzwerken einher gehen und schlägt konkrete Maßnahmen vor

e-Parlament-Pilotprojekt

- auf Initiative der Koalitionsfraktionen hat der Unterausschuss Neue Medien des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien das erste e-Demokratie-Projekt beim Deutschen Bundestag initiiert
- Gegenstand des e-Demokratie-Pilotprojektes war die umfassende Modernisierung des Informationsrechtes - dieses doppelte Reformprojekt hat nicht weniger zum Ziel, als zugleich den zweifellos bestehenden Reformbedarf im deutschen Datenschutz- und Informationsrecht aufzugreifen, als auch die nicht minder zweifellos bestehenden Reformchancen für die politische Kommunikation und demokratische Teilhabe zu nutzen
- Mit dem Auslaufen des Projektes am Ende der 14. Legislaturperiode hat der Deutsche Bundestag auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschlossen, dass e-Demokratie-Pilotprojekt als e-Parlament-Projekt fortzuführen und auszubauen
- mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen „e-Demokratie: Online-Wahlen und weitere Partizipationspotenziale der Neuen Medien nutzen“ wurden hierzu konkrete Maßnahmen vorgeschlagen

Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes – Datenschutz und Pressefreiheit

- mit der Umsetzung der EU-Datenschutzrichtlinie und der Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) im Jahr 2000 wurde auch eine wichtige Neuerung für den Medienbereich umgesetzt: die Umsetzung des Redaktionsdatenschutzes
- Seit dem 18.5.2001 ist das novellierte Bundesdatenschutzgesetz in Kraft und mit ihm wurde die Freiwillige Selbstkontrolle Redaktionsdatenschutz beim Presserat aufgebaut und in den Pressekodex integriert

Weitere wichtige Ergebnisse

- Besteuerung ausländischer Künstlerinnen und Künstler: Korrektur der übermäßigen Besteuerung ausländischer Künstlerinnen und Künstler
- Novelle des Künstlersozialversicherungsgesetzes im Juli 2001: bessere soziale Absicherung selbstständiger Künstler und Publizisten
- Novelle des Urhebervertragsrechts im Januar 2002: Sicherung einer angemessenen Vergütung für die Urheber (Autorinnen und Autoren) kreativer Leistungen
- Neukonzeption der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG): Neustrukturierung nach Kriterien der regionalen Anbindung, Ausbau der kulturellen

Kontakte, Prinzip der wissenschaftlichen Arbeit, Kooperation mit Kulturträgern,
Verzahnung der kulturellen Breitenarbeit mit musealen Aufgaben

- Buchpreisbindung: Beschluss über ein Gesetz zum Erhalt der Buchpreisbindung, um die gewohnte Angebotsqualität und -quantität im Buchhandel zu sichern
- Parlamentarische Begleitung der Cybercrime-Konvention des Europarates, der Telekommunikationsüberwachungsverordnung (TKÜV) und der Initiativen des Bundesrates zur Einführung einer Verpflichtung der Telekommunikationsunternehmen zur Vorratsdatenspeicherung